



Falltüren der Brandmauer

Der digitale Umgang mit rechtsextremen Raumgewinnen

Wie ist der digitale Diskurs zum Umgang mit dem Rechtsextremismus strukturiert?

Diese Frage stellt sich zwingend, wenn geklärt werden soll, wie die extreme Rechte den Wirbel um ihre eigenen Raumgewinne strategisch zu nutzen versucht. Insbesondere die Debatte um die sogenannte Brandmauer, die mit den jüngsten AfD-Erfolgen neuen Auftrieb bekommen hat, ist dabei zentral. An welchen Annahmen und Argumenten sich die politischen Fraktionen jenseits der AfD reiben und wie die extreme Rechte genau daraus mehr Einfluss ziehen könnte, behandelt dieser Policy Brief.

In aller Kürze:

- In den sozialen Medien wird emotional über den Umgang mit der AfD diskutiert, insbesondere die Frage nach einer inhaltlichen Anpassung erhitzt die Gemüter.
- Der häufige Vorwurf, dass damit Rechtsextremismus normalisiert würde, bietet Potential für Zerwürfnisse in der politischen Mitte, die der AfD nutzen könnten.
- Statt die Brandmauer überzustrapazieren, bedarf es einer kritischen Diskussion, warum viele Wähler*innen die Bindung an das Mitte-links-Spektrum verlieren.

Stabil zweitstärkste Kraft in den bundesweiten Umfragen und stärkste Kraft in allen Ost-Bundesländern: Mit der AfD ist zu rechnen. Auch bei lokalen und regionalen Wahlen lässt sie aufhorchen. Von einem weiteren Rechtsruck ist daher die Rede; die politische Stimmung scheint zu kippen. Waren Kräfte von Rechtsaußen in mehreren Staaten schon in Ämter gelangt, klopfen sie also auch hier an den Toren zur Macht. »Der gesellschaftliche Kampf gegen die AfD ... ist misslungen«, behauptet denn auch das Autor*innenteam einer Spiegel-Analyse vom 10. November 2023 zu den Perspektiven eines Parteiverbots. Tatsächlich kann von Gelingen nicht die Rede sein. Davon zeugen ein Anti-AfD-Lager in Sorge und eine extreme Rechte, die vor Selbstbewusstsein strotzt.

Die Gründe mögen vielfältig sein. Multiple Krisen, weltpolitische Schocks und die digitale Empörungskultur sind zweifellos Faktoren von Gewicht. Wo die blaue Partei ihren Einfluss ausbaut, haben ihre Gegner*innen offenbar noch keine überzeugenden Antworten auf die damit verbundenen Probleme gefunden. Und auch keinen effektiven Umgang mit der extremen Rechten selbst. Zwar ist es die Frage jenes Umgangs, die, wenn es um AfD-Erfolge geht, am meisten debattiert wird. Doch was bisher ausgeblendet wird: Die Debatte über den Umgang mit Kräften von Rechtsaußen kann selbst zum Problem beitragen.

Leitplanken der Brandmauer-Debatte

Im Zentrum der Debatte steht das Konzept der Brandmauer, das zwei Ebenen umfasst: Zum einen muss sich die politische Konkurrenz überlegen, wie stark sie die AfD ausgrenzt, also ob man mit ihr – in der einen oder anderen Form – zusammenarbeitet. Zum anderen hat sie zu klären, wie stark man sich von der Rechtsaußenpartei inhaltlich abgrenzen bzw. sich ihr anpassen muss. Ersterer Aspekt ist nicht ganz so kontrovers. Die etablierten Parteien belegen die AfD seit ihrem Anbeginn mit einem cordon sanitaire, einem Sperrgürtel. Radikalisierung und Aufstieg der Partei hat das aber nicht verhindert. Noch hält das Kooperationsstabus, wenngleich es erste Dehnübungen gibt, wie etwa die Diskussion um das simultane Abstimmen von CDU, FDP und AfD in Thüringen im Sommer 2023 zu einem Steuergesetz zeigt. Deutlich strittiger ist der Aspekt einer Anpassung nach rechts: Wäre sie verhängnisvoll – oder ist sie notwendig?

Gerade in den sozialen Medien wird die Frage äußerst emotional diskutiert – mit vielen Schuldzuweisungen inklusive. Insbesondere linkerseits herrscht das Narrativ vor, eine Angleichung an die AfD führe zu einer Normalisierung ihrer Inhalte; letztlich würden sich die Wähler für das Original entscheiden. Dabei sehen wir auch, was der Soziologe Alexander Bogner in seinem Buch Die Epistemisierung des Politischen beschreibt, nämlich dass sich Menschen in politischen Diskussion zunehmend auf die Wissenschaft beziehen: Man versucht also, dem Narrativ durch Verweis auf angenommene Forschungs-

»Zum vollen Bild gehört auch, dass sich viele Wähler*innen von den Positionen der etablierten Parteien nicht mehr angezogen, mitunter sogar abgestoßen fühlen. Rechte Raumgewinne sind stets auch Raumverluste im Lager gegenüber.«

stände Autorität zu verleihen. Stimmen, die etwa für eine Revision der Migrationspolitik plädieren, werden so zum verbrieften Steigbügelhalter der Rechtsaußenpartei. Allerdings darf die Erzählung, so pauschal, wie sie etwa auf X (vormals Twitter) kolportiert wird, durchaus hinterfragt werden.

Zwar zeigen neuere Forschungsarbeiten, dass Anpassungen bei anderen Parteien oftmals mit Gewinnen bei Rechtsaußen einhergehen. Doch handelt es sich hier vorwiegend um Ableitungen aus anderen Zeiten und Ländern, da Effekte im aktuellen deutschen Kontext kaum untersucht sind. Die Ergebnisse bilden also einen Durchschnitt ab; ein Automatismus lässt sich daraus nicht folgern. Auch eine Studie von Werner Krause, Denis Cohen und Tarik Abou-Chadi, die häufig als Kronzeugin der Erzählung angeführt wird, stellt fest, dass Anpassung unter Umständen effektiv sein kann – interessanterweise dann, wenn kein cordon sanitaire praktiziert wird. Vor allem aber mangelt es an Kontrollvariablen, mit denen sich ausschließen lässt, dass die Effekte (oder auch die Anpassung) nicht auf andere, zeitgleich bestehende Faktoren zurückgehen. Korrelation ist bekanntlich nicht gleich Kausalität.

Die Ausweitung der Blauzone

Durch den Fokus auf die Beihilfe zur Normalisierung bleibt unterbelichtet, wie auch die größten AfD-Gegner*innen zu den Verschiebungen bei den Wählerpräferenzen beitragen können. Auch in der aktuellen Mitte-Studie, die sich mit der Ausbreitung des Rechtsextremismus befasst, spiegelt sich dieser blinde Fleck wider. Sie zeichnet ein Bild, wonach nicht nur rechtsextreme Einstellungen, sondern auch solche im Graubereich des Rechtsextremismus stark zunehmen. Doch so wichtig der Blick auf dieses Vorfeld ist, zum vollen Bild gehört auch, dass sich viele Wähler*innen von den Positionen der etablierten Parteien nicht mehr angezogen, mitunter sogar abgestoßen fühlen. Rechte Raumgewinne sind stets auch Raumverluste im Lager gegenüber.

Hierbei ist auch zu bedenken, dass laut der Mitte-Studie, der immerhin ein recht weiter Rechtsextremismus-Begriff zugrunde liegt, nur ein Viertel der AfD-Wähler*innen ein rechtsextremes Weltbild haben. Die Gewinne

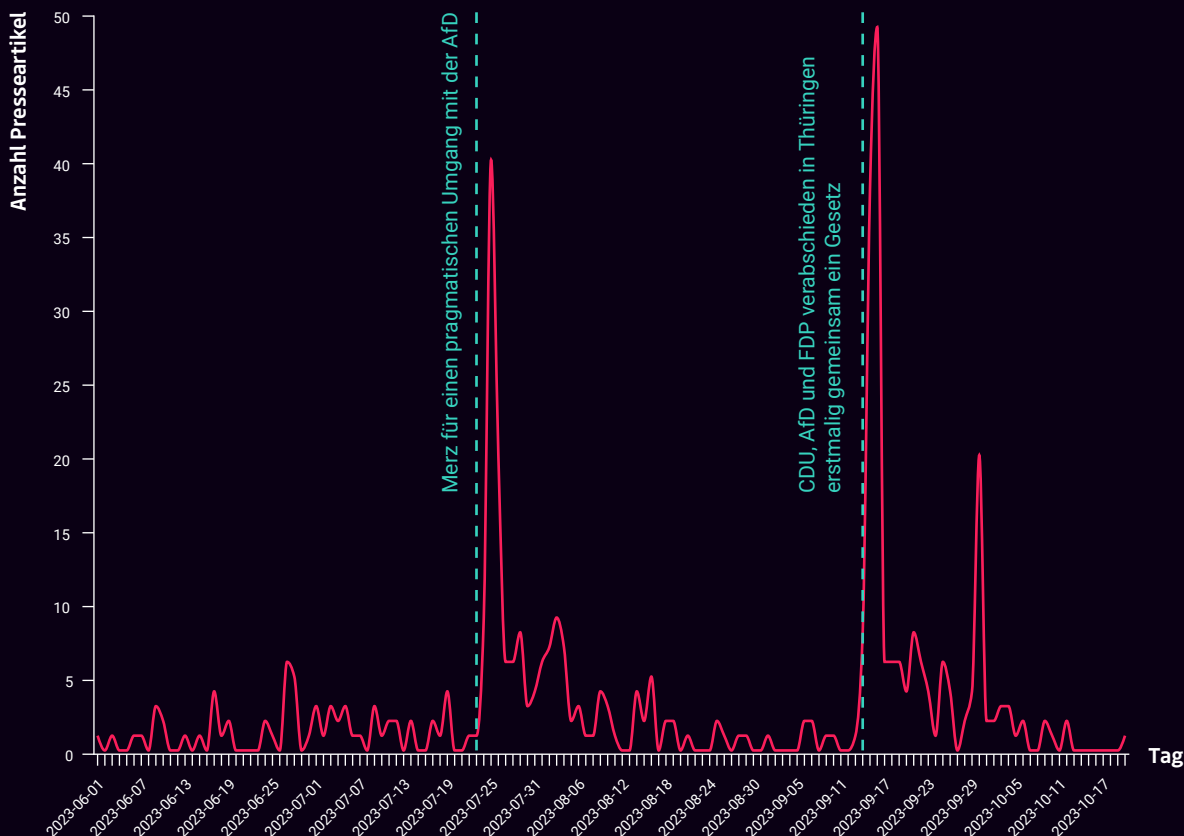
gehen also vor allem auf jenen Graubereich zurück. Und das bedeutet, dass Teile der Masse, die sich zuvor an anderen Parteien orientiert haben, nun weniger von diesen angezogen sind. Wer die Ausweitung der Blauzone verstehen will, der muss also auch den Graubereich der Mitte in den Blick nehmen, wo die Bindungen zu den etablierten Parteien brüchig sind. Lösen sich diese Bindungen auf, ist das die halbe Miete für die AfD. Denn je mehr Menschen sich von jenen Parteien entfremden, umso normaler kann sie erscheinen.

Solche Entfremdungsprozesse können auch im Streit über den richtigen Umgang mit Rechtsaußen gefördert werden. So gibt es durchaus hitzige Konflikte innerhalb des Anti-AfD-Lagers, in denen sich mit Vorwürfen nicht zurückgehalten wird. Bemühungen von Mitte-rechts, Wähler*innen der AfD zurückzugewinnen, werden etwa oft nicht als strategischer Dissens verhandelt, sondern pauschal als Bruch mit dem demokratisch Legitimen verurteilt. Auch

innerhalb des Mitte-links-Spektrums werden Haltungen zu sogenannten AfD-Themen, die von der dort dominanten Interpretation abweichen, schnell als Übernahme rechter oder gar rechtsextremer Narrative gebrandmarkt. Dieses Verhaltensmuster deckt sich mit der aktuellen MIDEM-Studie zu Polarisierung, die im linken Teilspektrum eine starke Ablehnung abweichender Meinungen feststellt.

Digitale Contenance gewinnen

Spaltungsprozesse sind eben vielschichtig. Der Soziologe Steffen Mau verweist etwa auf Reizthemen, die als »Triggerpunkte« unversöhnlicher Streits fungieren – auch unter Menschen, die sich in den Grundwerten einig sind. Der Umgang mit der AfD kann als solches gelten. Gerade in sozialen Medien wird diese strategische Frage oft moralisch



Die Brandmauer-Debatte im Sommer 2023: Anzahl der deutschen Presseartikel mit der Nennung von »Brandmauer« (Datenquelle: LexisNexis)

Es handelt sich hier um die kondensierte Version des Themenschwerpunkts von Machine Against the Rage, Nr. 4 (Herbst 2023) – zu finden in der Rubrik »Fokus«.

Online weiterlesen – mit interaktiven Grafiken, methodischem Annex und mehr Analysen, etwa zu Dekontextualisierung in digitalen Diskursen: www.machine-vs-rage.net.



**MACHINE AGAINST
THE RAGE**



vereindeutigt, so dass folgenreiche Binnenkonflikte im Mitte-links-Lager entstehen. Wo die Brandmauer überstrapaziert wird, wo diejenigen, die einen anderen Umgang auch nur erwägen, gleich der rechtsextremen Beihilfe beschuldigt werden, drohen Effekte der Abstoßung und Neuorientierung. Den Raum auf einer Seite zu verengen, bringt eben mit sich, dass er sich auf der anderen weitet.

Die sozialen Medien spielen dabei eine zentrale Rolle. Hier ist politischer Streit Alltag geworden, hier erfahren sich die Milieus, die man mit den jeweiligen Parteien verbindet, gegenseitig. Die entsprechenden Schwärme fungieren dabei als ihre virtuellen Botschafter*innen. Im Eindruck hängen bleiben dabei die lautesten und strengsten Ausdrücke einer Gegenposition, was die Reaktanz bei allen Beteiligten verstärkt. In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist daher kontraintuitives Handeln angeraten. Gerade in den sozialen Medien ist kühles Abwägen erforderlich, welche Konflikte man wirklich führen will. Vor allem Mitte-links wäre der kritische Blick stärker darauf zu richten, warum sich viele ihrer bisherigen Wähler*innen indessen »politisch heimatlos« fühlen, wie häufig in den sozialen Medien bekundet wird.

Gerade die moralische Vereindeutigung von strategischen Fragen kann im digitalen Raum zu folgenreichen Binnenkonflikten innerhalb des Anti-AfD-Lagers führen. Wo die Brandmauer nicht nur dem Rechtsextremismus gilt, wo auch diejenigen, die einen anderen Umgang mit diesem auch nur erwägen, der rechtsextremen Beihilfe beschuldigt werden, können Teile der eigenen Milieus auf die Mauer gedrängt werden. Ohne Resilienz in strategischen Fragen drohen Rückschlageffekte, die einen Prozess der selbsterfüllenden Prophezeiung antreiben. Am Ende könnte das Narrativ lauten, dass man genau damit dem Rechtsextremismus neue Räume eröffnet habe.

»Wo die Brandmauer überstrapaziert wird, wo diejenigen, die einen anderen Umgang auch nur erwägen, gleich der rechtsextremen Beihilfe beschuldigt werden, drohen Effekte der Abstoßung und Neuorientierung.«

Über die BAG

Um Maßnahmen gegen digitalen Hass proaktiv und wirkungsvoll gestalten zu können, unterstützt die Bundesarbeitsgemeinschaft »Gegen Hass im Netz« die Zivilgesellschaft mit wissenschaftlichen Instrumenten. Zu diesem Zweck unterhält sie eine hauseigene Forschungsstelle und vereinigt Akteure aus der Praxis in einem zivilgesellschaftlichen Forum. Die Wissenschaft liefert hierbei der Zivilgesellschaft Reflexionswissen – und andersrum fließt Praxiswissen in die Forschungsstelle ein. Träger der BAG »Gegen Hass im Netz« ist Das NETTZ – Vernetzungsstelle gegen Hate Speech.

Über die Forschungsstelle

Die Instrumente, um digitalen Hass besser zu verstehen, liefert uns die Digitalisierung selbst. In der Forschungsstelle der BAG kommen langjährige Erfahrung in der Extremismusforschung mit daten- und netzwerkanalytischer Expertise zusammen. So entsteht ein Monitoringsystem, das Trends in den Netzwerken des Hasses direkt erkennbar und über lange Sicht besser einschätzbar macht. Begleitet wird die Arbeit von externen Wissenschaftler*innen, die die Forschung mitentwickeln und die Methoden evaluieren. Zehn Expert*innen aus verschiedenen Disziplinen stehen hierbei beratend zur Seite.

Über den Trendreport

Die Ergebnisse und Analysen des Monitorings werden alle drei Monate in einem digitalen Trendreport veröffentlicht. *Machine Against the Rage*, so der Name dieses Online-Magazins, ist damit das zentrale Organ der Forschungsstelle. Es fungiert zum einen als Trendbarometer, mit dem wichtige Verschiebungen und Online-Aktivitäten in rechtsextremen und anderen demokratiefeindlichen Diskursen frühzeitig identifiziert werden. Zum anderen werden darin kritische Veränderungen der Meinungsentwicklung in relevanten Online-Milieus dokumentiert und analytisch eingeordnet.



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Robert Bosch
Stiftung

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ, des BAFzA oder anderer Förderpartner*innen dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Bundesarbeitsgemeinschaft »Gegen Hass im Netz«
Redaktion: Hendrik Bitzmann, Maik Fielitz, Holger Marcks, Harald Sick

E-Mail: info@bag-gegen-hass.net
www.bag-gegen-hass.net | www.das-nettz.de

Das NETTZ gGmbH
c/o betterplace Umspannwerk GmbH
Paul-Lincke-Ufer 21, 10999 Berlin

Geschäftsführung: Nadine Brömme, Hanna Gleiß
Registergericht: Amtsgericht Berlin Charlottenburg, HRB 242638 B
Geschäftssitz: Berlin